

INHALT

1. CDU warnt vor Experiment mit den Strukturen des Landes
2. SPD, Grüne und SSW verweigern klares Bekenntnis zum Bau der 380 KV-Leitung in Ostholstein
3. Kalte Progression erneut Thema im Landtag
4. Hitzige Debatte um Freihandelsabkommen im Landtag
5. Landtag legt eigenes Programm gegen Homophobie auf

24.01.2014

CDU warnt vor Experiment mit den Strukturen des Landes SPD, Grüne und SSW verabschieden Landesplanungsgesetz

Mit der Einstimmenmehrheit der Regierungsfractionen hat der Schleswig-Holsteinische Landtag heute die umstrittene Neufassung des Landesplanungsgesetzes verabschiedet. Gleichzeitig wurde das Landesentwicklungsgrundsatzgesetz aufgehoben.

Gegen erheblichen Widerstand hielten die Regierungsfractionen an einer Verringerung auf drei Planungsräume fest (Planungsraum I: Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, Kreisfreie Stadt Flensburg; Planungsraum II: Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster; Planungsraum III: Kreise Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg, Stormarn, Segeberg, Herzogtum-Lauenburg, Ostholstein und Kreisfreie Stadt Lübeck).

Insbesondere am überdehnten Zuschnitt des dritten Planungsraumes hatte es erhebliche Kritik nicht nur aus Wirtschaft und Verwaltung, sondern selbst der Umweltverbände gegeben.

„Es ist schon bemerkenswert: Wenn es darum geht, den Straßenbau zu blockieren, liefern die Stellungnahmen der Umweltschutzverbände den Regierungsfractionen wichtige Entscheidungsgründe. Wenn es darum geht, die Planungsstrukturen auf SPD, Grüne und SSW zu trimmen, wischen diese die Bedenken der Umweltverbände vom Tisch. Glaubwürdig ist das nicht“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen.

Sie hatte zuvor in ihrer Rede noch einmal die breite Kritik am neuen Zuschnitt wiederholt: „Dem Gesetzentwurf der Landesregierung fehlt jegliche Darlegung über die Folgen der heutigen Entscheidung. Sie haben alle Argumente beiseite gewischt. Leider wird dieses Gesetz nun die Grundlage für eine Neufassung des Landesentwicklungsplanes. Da sträuben sich mir die Nackenhaare“, so Nicolaisen.

Sie nannte exemplarisch die Argumente der kreisfreien Stadt Neumünster für eine Zuordnung zum südlichen Planungsraum in Richtung Hamburg. Trotz eines einstimmigen Beschlusses der

Ratsversammlung (18 Ja, 16 Enthaltungen) und des deutlich artikulierten Wunsches der Metropolregion habe es keinerlei Kompromissbereitschaft der Regierungsfractionen gegeben. „Das Nein aus Kiel ist so ziemlich das Gegenteil, der von Ministerpräsident Albig beschworenen Dialogkultur“, so die Innenpolitikerin.

Die CDU-Abgeordnete bezeichnete die Landesplanung und -entwicklung als entscheidend für die Zukunft des Landes. Deswegen sei es unverantwortlich, in dieser Weise mit den Strukturen des Landes zu experimentieren.

Link zum heute verabschiedeten Landesplanungsgesetz und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgesetzes:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1365.pdf>



Petra Nicolaisen, MdB

SPD, Grüne und SSW verweigern klares Bekenntnis zum Bau der 380 KV-Leitung in Ostholstein CDU befürchtet weitere Verzögerungen beim Netzausbau

Am 9. Januar 2014 hatte die Bundesnetzagentur „grünes Licht“ für den Netzausbaubedarf in Ostholstein gegeben. Die Notwendigkeit des Baus einer 380 kV-Leitung wurde bestätigt. Energiewendeminister Habeck hatte dies ebenso wie die CDU-Fraktion begrüßt. Für die SPD-Fraktion forderte allerdings deren energiepolitischer Sprecher Olaf Schulze eine erneute Prüfung der Notwendigkeit.

Die CDU-Fraktion hatte angesichts dieses Streites in der Landesregierung einen Antrag gestellt (siehe unten), mit dem das Ergebnis anerkannt und auf zusätzliche Prüfungen verzichtet werden sollte. „Dieses Kabel ist dringend notwendig. Nur wenn der Windkraftstrom abtransportiert wird, kann er Strom aus Atom und Kohle ersetzen“, begründete der energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jens-Christian Magnussen damals den Antrag.

In der heutigen Debatte lehnten SPD, Grüne und SSW dieses klare Bekenntnis ab. Minister Habeck erklärte nach einer Sachstandsschilderung zwar, dass er das Ergebnis der Prüfungen der Bundesnetzagentur zur Ostküstenleitung vollends mittrage. SPD-Redner Schulze betonte jedoch, dass sowohl der Bau einer 110 KV-Leitung, als auch der Bau einer 380 KV-Leitung als geeignet beurteilt worden seien. SPD, Grüne und SSW verabschiedeten gemeinsam einen Antrag (siehe unten), der erneut alles offen lässt.

„Es war nicht anders zu erwarten: Der Minister lobt seine Arbeit und SPD/Grüne/SSW versuchen die Forderungen nach einer klaren Positionierung mit einem windelweichen

Änderungsantrag zu kontern“, kommentierte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Hamerich, das Verhalten der Regierungsfractionen. Er befürchte durch diese Vorgehensweise weitere Verzögerungen beim Netzausbau.

„Neben dem Transport der Energie hängen auch Investitionen an der Topologie der Netzstrukturen. Die Investoren in unserem Bundesland haben ein Recht auf Verlässlichkeit und Planbarkeit“, forderte Hamerich.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1475.pdf>

Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1514.pdf>

Kalte Progression erneut Thema im Landtag **Landtag diskutiert Steuerpolitik**



Peter Sönnichsen, MdL

Zum wiederholten Male hat sich der Landtag heute (24. Januar 2014) mit dem Thema „Kalte Progression“ beschäftigt. Die FDP hatte deren Abbau erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

„Zum FDP-Antrag muss natürlich die Frage erlaubt sein, warum die FDP das in den letzten vier Jahren ihrer Regierungsbeteiligung in Berlin nicht durchgesetzt hat“, betonte der CDU-Finanzpolitiker Peter Sönnichsen in der Landtagsdebatte.

Das Anliegen sei jedoch berechtigt: Selbst mittlere Einkommen seien betroffen. Die Progression der Steuertarife in Verbindung mit über 20-Prozentpunkten Sozialabgaben führe sehr schnell dazu, dass von jedem zusätzlichen Euro an Einkommen nicht einmal die Hälfte beim Steuerzahler verbleibe.

„Ein kleines Fenster der Besserung bleibt nur, wenn das Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze aber unterhalb von Spitzensteuersatz und Soli liegt und der Steuerzahler von einer Veranlagung zur Kirchensteuer befreit ist“, führte Sönnichsen aus.

Auch wenn das Thema „Kalte Progression“ nicht im Bundeskoalitionsvertrag enthalten sei, unterstütze die CDU-Landtagsfraktion weiterhin den Abbau der Kalten Progression. Daher werde sie dem Antrag zustimmen, erklärte Sönnichsen. Die Fraktionen der Regierungskoalition wie auch die PIRATEN verweigerten dem Antrag jedoch ihre Zustimmung.

Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1465.pdf>

Hitzige Debatte um Freihandelsabkommen im Landtag Bestehende Standards müssen erhalten bleiben

Auf Antrag der Regierungsfractionen diskutierte der Schleswig-Holsteinische Landtag in der heutigen (24. Januar 2014) Sitzung über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen. Konkret fordern die Regierungsfractionen, dass Umwelt- und Gesundheitsstandards nicht unter einem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten leiden sollen.

Der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heiner Rickers, betonte in seiner Rede die Bedeutung eines Freihandelsabkommens mit den USA: „Die Angleichung von Standards und der Abbau von Hemmnissen führt letztlich zum Wohl aller.“

Dass Freihandelsabkommen durchaus positive Effekte haben können, belege das bereits 1994 in Kraft getretene nordamerikanische Freihandelsabkommen. Viele der jetzt vorgebrachten Bedenken habe es auch dort gegeben, eingetreten seien sie aber nicht. Stattdessen habe das Handelsvolumen deutlich zugenommen. „Ich kann nicht verstehen, dass die Ergebnisse ernsthafter Studien, die auch einem Freihandelsabkommen mit den USA deutlichen Exportsteigerung und viele, neue Arbeitsplätze bescheinigen, vielfach ausgeblendet werden“, so Heiner Rickers.

Es sei beispielsweise volkswirtschaftlicher Unsinn, in der Automobilproduktion aufgrund bisher noch bestehender unterschiedlicher Vorschriften verschiedene Versionen ein und desselben Automobils zu fertigen, nur weil die Vorschriften bei Blinkern, Nebelschlussleuchten oder etwa der Krümmung des Außenspiegels nicht harmonisiert seien.

Auch im Bereich der Landwirtschaft müsse es Ziel sein, unsere bestehenden hohen Standards zu halten. Dieses Qualitätsmerkmal werde in der Welt durchaus anerkannt. Damit hätten hochwertige Produkte auch in Zukunft ihre Abnehmer. Es müsse das Ziel sein, mehr durch Leistung und weniger durch Ängste zu überzeugen.

Der Antrag der wurde zur weiteren Aussprache an den Europaausschuss überwiesen.

Landtag legt eigenes Programm gegen Homophobie auf CDU unterstützt Erweiterung des Nationalen Aktionsplans

Im Landtag diskutierten die Abgeordneten heute (24. Januar 2014) auch über das Thema Homophobie. Alle Fraktionen verurteilten jegliche Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Hinsichtlich der Notwendigkeit und der Finanzierung eines entsprechenden Landesaktionsplans, den die Regierungskoalition, FDP und die PIRATEN-Fraktion in einem gemeinsamen Antrag gefordert hatten, gingen die Meinungen jedoch auseinander.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, wies darauf hin, dass auf der Grundlage des Bundeskoalitionsvertrages bereits daran gearbeitet werde, das Thema Homophobie in den nationalen Aktionsplan aufzunehmen.

„Einen eigenen Aktionsplan gegen Homophobie halten wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht

für geboten. Wir möchten die Entwicklungen und die Entscheidungen der Bundesebene abwarten“, erklärte Rathje-Hoffmann. Die CDU-Fraktion enthielt sich daher ihrer Stimme.

Mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW wurde der Antrag beschlossen.

Antrag SPD, GRÜNE, SSW und PIRATEN:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1459.pdf>



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de